

Hallische Zeitung

im G. Schwetschke'schen Verlage.

(Hallischer Courier.)

Politisches und
für Stadt



literarisches Blatt
und Land.

In der Expedition der Hallischen Zeitung: G. Schwetschke'scher Verlag. — Redacteur Dr. Schadeberg.
Vierteljährlicher Abonnementspreis bei unmittlbarer Abnahme 1 Thlr. 6 Sgr., bei Bezug durch die Post 1 Thlr. 12 $\frac{1}{2}$ Sgr.
Insertionsgebühren 1 Sgr. 4 Pf. für die dreispaltige Zeile gewöhnlicher Zeitungsschrift oder deren Raum.

N 126.

Halle, Donnerstag den 2. Juni
Hierzu zwei Beilagen.

1864.

Schleswig-Holsteinische Angelegenheiten.

Frankfurt a. M., d. 31. Mai. (Tel.) Das Abendblatt der „Frankfurter Postzeitung“ bringt ein Telegramm aus Wien, welches die bisherigen Angaben über die letzte Konferenzsitzung dahin berichtet, daß die dänischen Bevollmächtigten die von den Vertretern der deutschen Großmächte gemachten Vorschläge abgelehnt, und von den Vorschlägen der Westmächte nur den britischen, nicht aber den französischen ad referendum genommen haben.

Hamburg, d. 31. Mai, Nachmittags. (Tel.) Nach einem Telegramm der „Hamburger Börsenhalle“ aus Kiel ist der Herzog Friedrich heute Nachmittag nach Berlin und Dolzig abgereist.

Paris, d. 31. Mai. (Tel.) Der „Abend-Moniteur“ erwähnt eines in Kiel verbreiteten Gerüchts, daß der Feldmarschall-Lieutenant Freiherr v. Gablenz; Befehl erhalten habe, Vorbereitungen zum Rückmarsch zu treffen. — Der „Moniteur“ macht ferner auf eine angeblich in Leipzig erscheinende Broschüre aufmerksam, welche der Glücksburgischen Linie des Schleswig'schen Herzogshauses ein ebenso begründetes Erbfolgerecht zuspricht, wie der Augustenburgischen.

Die telegraphisch bereits erwähnte Mittheilung der „Dtsch-Deutschen Post“ über den Verlauf der Konferenzsitzung vom 28. Mai, welche dieselbe als „zuverlässig“ bezeichnet, lautet wie folgt:

Beim Beginn der Konferenz betrug der Vorkühende die dänischen Bevollmächtigten, welche Antwort sie auf den in der vorigen Sitzung gemachten Vorschlag der Resolutionsform, oder, wie der eigentliche Ausdruck lautete, der „Independance politique“ des dänisches „zu erfüllen hätten.

Gr. v. Duarade antwortete, daß seine Regierung diesen Vorschlag als keine geeignete Grundlage zur Wiederherstellung des Friedens betrachten könne. Auf die weitere Frage Lord John Russell's, welche Gegenwortschläge Dänemark dann zu machen habe, erwiderte Gr. v. Duarade ganz lakonisch: Keine.

Hierauf ergriß Graf Weyden das Wort und entwickelte die Grundlagen, auf welche die verbündeten deutschen Mächte den Frieden zu schließen geneigt wären. Es sei dies die vollständige Trennung der Herzogthümer von Dänemark und ihre Konstitution als selbstständiger deutscher Bundesstaat unter der Regierung des nach der organischen Erbfolge theilweise zunächst berechtigten Erbprinzen von Augustenburg, wobei die Prüfung der verschiedenen Erbansprüche als eine interne Angelegenheit des Deutschen Bundes vorbehalten wurde. Graf Bernstorff und Gr. v. Bessl unterstützten diese Propositionen in weiterer Ausführung.

Der französische Bevollmächtigte Fürst Latour d'Auvergne brachte hierauf einen Vermittlungsvorschlag vor, welcher dahin ging, daß Holstein und Lauenburg mit einem Theile Schleswigs zusammengefaßt und dem Bunde einverleibt, während der andere Theil von Schleswig in Dänemark incorporirt werden sollte.

Lord Clarendon schloß sich Namens der britischen Regierung diesem Vorschlage an; allein während der französische Bevollmächtigte bloß von der Theilung Schleswigs im Prinzip sprach, ging der Vertreter Englands zu einer positiven Specificirung über, indem er der Grenzlinie erwähnte und als solche die von Dufum, Treene, Danevirthe und die Schley bezeichnete. Die deutschen Bevollmächtigten verwarfen sich zuerst gegen das Prinzip der Theilung überhaupt und erklärten in weiterer Auseinandersetzung gegen den englischen Vorschlag für unannehmbar.

Nach längerer Discussion wurde das Protokoll mit der Erklärung der dänischen Bevollmächtigten, daß sie sämtliche Vorschläge, und mit der Erklärung der deutschen, daß sie den Vermittlungsvorschlag Englands und Frankreichs ad referendum nehmen, geschlossen.

Die Waffenstillstandsfrage kam gar nicht zur Verhandlung und soll dieselbe den Gegenstand der nächsten Sitzung, die auf Donnerstag anberaumt ist, bilden. Ueber die Haltung Russlands schwebt leider unsere Quellen.

Unverweiltige Mittheilungen weichen nur insofern von vorstehendem Bericht ab, als nach ihnen der Vermittlungsvorschlag von England eingebracht und von Frankreich unterstützt worden sei (nicht umgekehrt), und daß Dänemark nur diesen Vorschlag ad referendum genommen, dagegen die Anträge der deutschen Mächte pure abgelehnt habe. — Ein Londoner Telegramm der „Hamb. Nachr.“ lautet: „In der Konferenzsitzung proponirten die deutschen Bevollmächtigten die gänzliche Tren-

nung der Herzogthümer von Dänemark und ihre selbstständige Constitution in erster Reihe unter der Herrschaft des Hauses Augustenburg unter Vorbehalt der Prüfung der Erbrechtsfrage. Hr. v. Brunnow wahrte die Rechte des Hauses Oldenburg. England und die Neutralen proponirten die Trennung Lauenburgs, Holsteins und Schleswigs bis zur Schließung unter mehreren Bedingungen, namentlich, daß auf dem abgetretenen Gebiete kein Kriegshafen und keine Festung angelegt würden. Die deutschen Bevollmächtigten wiesen die Erörterung innerer deutscher Verhältnisse ab, konstatirten aber das Vorhandensein von Elementen zu einer Transaction im Vorschlage der Neutralen. Dänemark verweigerte vorläufig jede Aeußerung. Die Neutralen hatten von der Annahme ihrer Bedingungen das Fallenlassen des Londoner Vertrages abhängig gemacht. Die Erledigung des Antrages der Neutralen und die Waffenstillstandsfrage wurden auf Donnerstag vertagt.“

Die „Wiener Abendpost“ schreibt: „Daß die Politik Oesterreichs und Preussens eine principielle Wendung nicht erfahren hat, bedarf kaum einer näheren Ausführung. Seit der deutsch-dänische Streit aufs Neue entbrannt ist, haben sie es als ihre Aufgabe erkannt, das Recht Deutschlands, das Recht der Herzogthümer, so weit es nur immer mit der Erhaltung des europäischen Friedens vereinbar war, zur Geltung zu bringen. Daß, ohne den europäischen Frieden gefährdet, ohne die Ansprüche Deutschlands den Wechselällen eines in seinen Ergebnissen nicht zweifellosen und jedenfalls alle Verhältnisse tief erschütternden Krieges preisgegeben zu haben, nun wahrscheinlich ein Maß des Erreichbaren gewonnen worden ist, welches die Wünsche und Hoffnungen der ganzen deutschen Nation wie der Bevölkerung der Herzogthümer in gleicher Weise befriedigen muß, ist das glückliche Resultat der politischen Action der beiden Großmächte. Das Prinzip der Integrität der dänischen Gesamtmonarchie hatte schon der Vorbehalt rücksichtlich der Successionsfrage durchbrochen; die Sachlage, welche durch die vorausichtige neueste Haltung Dänemarks geschaffen werden wird, ist in der That nur die Krönung der österreichisch-preussischen Politik. Ohne Zweifel wird über die Modalitäten der Endentscheidung noch manche Sitzung der Londoner Konferenz hingehen, namentlich die Feststellung der Grenze Dänemarks gegen Deutschland Schwierigkeiten unterworfen sein. Angesichts der erzielten Erfolge ist aber die Versicherung fast überflüssig, daß auch hierbei das feste und ausdauernde Bestreben Oesterreichs darauf gerichtet sein wird, die weitgehendsten Resultate für Deutschland durchzusetzen und die Rechtsansprüche der Herzogthümer in ihrem vollsten Umfange zu verwirklichen. Wir haben die volle Zuversicht, daß diesem Bestreben der Erfolg nicht ausbleiben, Deutschland mit Ehren, gestärkt und gekräftigt aus dem Streite hervorgehen wird. Deutschland darf sich dann mit Eifer und Entschlossenheit der staatlichen Arbeit hingeben, die seiner in den inneren Fragen, auf dem Gebiete der Bundesreform harren. Oesterreich, dessen Monarch seinen Willen, an der Lösung der dem deutschen Volke auf diesem Gebiete zugewiesenen Aufgaben mitzuwirken, schon ein Mal durch die That bezeugt hat, wird auf den Bahnen nicht zurückbleiben, auf die das staatliche Gesamtinteresse Deutschlands geleitet werden soll. Die Entwicklung der schleswig-holsteinischen Frage hat die politische Macht dargegeben, die einer Einigung der deutschen Volkskraft innewohnt. Weder die deutschen Regierungen, noch die deutsche Nation werden hoffentlich diese Erfahrung ungenützt beiseite schieben.“

Der „Pariser Constitutionnel“ vom 28. Mai enthält abermals einen inspirirten Artikel, dessen Zweck offenbar ist, am Tage der Wiederaufnahme der Conferenzen nochmals festzustellen, daß es für die dänische Verwicklung keine andere Lösung gebe, als die Vereinigung des südlichen Schleswigs mit Holstein zu einem unabhängigen Staate. Sache der Bevölkerung sei es, den Souverän zu erwählen. „Die Principien Frankreichs — sagt das Blatt — sind bekannt. Das kaiserliche Frankreich hält nicht für zulässig, daß man außerhalb des

Willens der Völker einem Souverän ein Land und einer Nation einen Souverän giebt. Die französische Regierung hat also das den Ideen der modernen Civilisation entsprechende Princip aufgestellt und verlangt, daß die beteiligte Nation berufen werde, um sich selber über ihre Geschicke auszusprechen. Es erging diesem Vorschlage, wie es häufig den gerechtesten und aufrichtigsten Vorschlägen ergeht. Zuerst hat er Staunen hervorgerufen, dann folgten allmählig auf das Erstaunen Zustimmung, und dieselben vervielfältigten sich in dem Maße, daß wir kein Bedenken tragen, an den Erfolg des französischen Vorschlages zu glauben. Dies ist der Boden, auf dem die Versöhnung erfolgen wird. Ohne Zweifel bleiben noch Schwierigkeiten der näheren Ausführung übrig; ist jedoch einmal das große Princip angenommen, so genügt, um ihm den Sieg zu verschaffen, nach unsrer Ueberzeugung jene Weisheit und Klugheit, deren aufgeklärte Regierungen niemals ermangeln werden.

Die ministerielle „Nordb. Allgem. Ztg.“ sagt: Wenn auch die neutralen Mächte nichts dagegen einwenden, die holsteinische Erbfolgefrage als eine deutsche Frage behandelt zu sehen, so dürften sie doch die Erbfolge Schlesiens als eine internationaler Entscheidung unterliegende Frage betrachten.

Man will in Paris die geheimen Instruktionen des schwedischen Gesandten in London kennen. Diese sollen dahin gehen, daß Schweden mit Frankreich, Preußen und Oesterreich in Bezug auf eine Trennung der Herzogthümer von Dänemark einverstanden sei. Es würde dadurch eine oft ausgesprochene Vermuthung bestätigt, daß Schweden mit Dänemark nur ein falsches Spiel treibt, um schließlich den machtlos gewordenen Staat annectiren zu können.

Der Staats-Anzeiger für Württemberg will an die Wendung in der Schleswig-holsteinischen Politik der deutschen Großmächte noch nicht glauben. Einem längeren Artikel desselben entnehmen wir folgende Stelle: „Die wiener Blätter schaukeln sich stolz auf hoher Fluth, die Wimpel lustig flatternd, die Segel gebläht von dem neuen Wind, den sie nicht übel Lust bezeigen, mit Kapital und Zinsen für eigene Rechnung einzustreichen.“ Dann heißt es weiter: „Keinenfalls kann es mit den zahlreichen Behauptungen vollkommener Uebereinstimmung (Preußens) mit dem wiener Allirten so recht Ernst sein, womit man ohnehin von jeher um so eifriger demonstret hat, als die Freundschaft in Wahrheit in die Brüche zu gehen drohte. In dem Punkte stimmen übrigens so ziemlich alle, auch die hoffnungreichsten Berichte überein, daß man immer noch, weder in Wien noch in Berlin, von einem Befragung der Herzogthümer selbst etwas wissen will, so daß namentlich die engültige Bestimmung über Schleswig gegenüber dem „up ewig tosamem ungebeht“ der Schwierigkeiten noch genug bieten dürfte, um selbst die Fortdauer der Waffenruhe über den 12. Juni hinaus in Frage zu stellen.“

Die ministerielle „Nordb. Allg. Zeitung“ theilt mit, daß man in Wien übereinstimmend mit Preußen der Ansicht sein soll, der Betrag der Kriegskosten Oesterreichs und Preußens, etwa 25 Millionen, sei durch eine Anleihe der Herzogthümer aufzubringen. Sie fügt die Bemerkung hinzu: „Mit den früheren Millionen Kriegskosten, der Anleihe und der Rückzahlung des dänischen Geldes des Herzogs von Augustenburg ist das jedenfalls ein ganz respektable Staatsschulden-Anfang.“ Abgesehen von der Frage, ob nicht Dänemark die Kriegskosten zahlen muß, scheint die ganze Bemerkung darauf hinzuweisen, daß man in gewissen Kreisen für den neuen Staat keine große Sympathie hegt.

Die von der Bundesversammlung angeordnete Commission zur Liquidirung der Ausgaben für die in Holstein und Lauenburg ausgeführte Bundesexecution wird, dem „N. R.“ zufolge, am 1. Juli in Frankfurt zusammentreten und aus sechs Mitgliedern bestehen, nämlich aus je einem Delegirten der vier Exekutionsstaaten Oesterreich, Preußen, Sachsen und Hannover, aus einem Delegirten Baierns und einem Delegirten der Staaten, deren Contingente das 8. Bundesarmee-corps bilden. Diese letzteren, Württemberg, Baden und Großherzogthum Hessen, haben sich darüber vereinbart, daß der letztgenannte Staat den mit ihrer Vertretung in der Liquidationscommission zu beauftragenden Delegirten ernennen soll.

Aus Schleswig-Holstein, d. 29. Mai. Es ist im höchsten Grade auffallend, daß jetzt, nachdem Oesterreich und Preußen sich unzweifelhaft in der Schleswig-holsteinischen Frage dazu entschlossen und miteinander dahin vereinbart haben, die Lösung dieser Frage auf der nationalen Bahn zu suchen, der deutsche Bund in seiner trostlosen Unthätigkeit verharret. Wenn es früher erklärlich war, daß der „Druck“ der beiden deutschen Großmächte die Majorität der Stimmen am Bundestage, die sich für die Anerkennung Herzog Friedrichs auszusprechen geneigt waren, in Schranken hielt, so dürfte doch jetzt für Baiern, Sachsen, Württemberg, Baden und die übrigen „gutesinnigen“ Mittel- und Kleinstaaten kein Grund mehr sein, diese Anerkennung noch länger hinauszuschieben. Sie würden dadurch ein Faktum schaffen, das der Stellung Preußens und Oesterreichs auf der londoner Konferenz nur zum Vortheil gereichen könnte und überhaupt in den Wirrwarr der dort noch immer herrschenden Ansichten und Ansprüche Klarheit und Einfachheit bringen müßte. Ja, uns scheint, der Bund sei um seiner selbst willen gezwungen, die Anerkennung Herzog Friedrichs so schnell wie möglich auszusprechen, wenn er nicht die Schmach erleben will, daß fremde Mächte, darunter eine Macht kaum zweiten Ranges, wie Schweden, über die inneren Angelegenheiten eines deutschen Bundeslandes Entscheidungen treffen.

Flensburg, d. 28. Mai. Der innigste Anschluß an Preußen findet unter den Deutschen in den Herzogthümern mehr und mehr Anhänger. Den Anstoß gab ein vielbesprochener Artikel der „Schles-

wig-Holsteinischen Blätter“, der den Anschluß Schleswig-Holsteins an Preußen in der Weise anempfiehlt, daß, während Herzog Friedrich und die Schleswig-holsteinischen Stände das Land regieren, die Beschickung desselben nach außen, die militärische Organisation, die Grundlegung zu einer Flotte, der Ausbau und die Einrichtung der Schleswig-holsteinischen Häfen, die Herstellung des großen Canals Preußen, und zwar durch der Herzogthümer eigenen Entschluß übertragen werde. Dieser Artikel ist auch in mehreren anderen Organen Holsteins, wie dem „Zeher Wochenblatt“ und dem „Rendsburger Wochenblatt“ enthalten gewesen. Daß das in demselben enthaltene Programm in den fortgeschrittenen Kreisen Kiels, welche den Schleswig-holsteinischen Particularismus abstreifen, entschiedene Billigung findet, geht, wie die „Augsb. Allg. Ztg.“, also wohl ein unverdächtigter Zeuge, berichtet, unter Anderem aus der vom Professor Thomssen aus Kiel kürzlich den Schleswigischen Civil-Commissaren gegebenen Erklärung hervor, „daß er mit allen seinen Standesgenossen und Landesleuten für ein unabhängiges Schleswig-Holstein in möglichst genauer und inniger Verbindung mit Preußen, als der Vormacht Deutschlands, kämpfe.“

Berlin, d. 31. Mai.

Seit der am 23. d. Mts. erfolgten Ueberreichung der v. Arnim'schen Adresse in der Schleswig-Holsteinischen Angelegenheit an Sr. Maj. den König sind — wie der „Kreuzzeitung“ ferner mitgetheilt wird — 250 gleichlautende Adressen mit anderweiten 18,559 Unterschriften aus allen Gegenden der Monarchie eingegangen, unter anderen aus den Städten bez. Kreisen: Berlin, Breslau, Posen, Magdeburg, Halle, Koblenz, Trier, Cuxen, Gladbach, Saarlouis, Bielefeld, Horn, Graudenz, Stargard i. P., Köslin, Dirschau, Drielsburg, Waldburg, Zirschliege, Sternberg, Krossen, Sorau, Kyritz, Beeskow, Labes, Kügelwalde, Schivelbein, Pyritz, Löwenberg, Sagan, Landeshut, Leobschütz, Döhlau, Dypeln, Melsrich, Fraustadt, Gohzdriesen, Lissa, Gommern, Ackerleben, Burg, Rheyt, Nees, Schwiel, Füllich, Ehrenbreitenstein. — Diese Adressen sind geftern Namens des Comité's dem Kgl. Minister-Präsidenten Herrn v. Bismarck mit dem Antrage übersendet, dieselben Sr. Maj. dem Könige vorzulegen. — Von Mitgliedern des Herrenhauses haben dieselbe noch folgende unterzeichnet: v. Beummann, Ober-Präsident a. D.; v. Bredow-Briesen; Frhr. v. Diergardt; Frhr. v. Gaffron; v. Hellermann; Graf Keyserling-Kautenburg; Graf Doppersdorf; v. Kerzin; Graf v. d. Schulenburg-Wigenburg; Freiherr v. Senben.

Der Gesamtverlust der preussischen Truppen — so berichtet die „Voss. Ztg.“ — während des letzten Feldzuges berechnet sich nach den offiziellen Nachweisen auf 116 Offiziere, 218 Unteroffiziere, 46 Spielleute und 1592 Gemeine an Todten und Verwundeten, wozu noch 9 Offiziere und 117 Unteroffiziere, Spielleute und Gemeine an Gefangenen hinzutreten. Von letzteren kommen weit über die Hälfte auf Cavallerie, namentlich hat das 8. Infanterieregiment ein sehr starkes Contingent hierzu geliefert. Fünf von den gefangenen Offizieren wie ein nicht unbeträchtlicher Theil der Mannschaften befinden sich jedoch zugleich in der Zahl der Verwundeten mit eingerechnet. Gleich todt auf dem Plage geblieben oder unmittelbar an ihren Wunden gestorben sind 28 Offiziere, welche sich den Chargen nach folgendermaßen vertheilen: 1 Generalmajor (v. Raven), 2 Majore (v. Fena und v. Beren), 3 Hauptleute, 4 Premierlieutenants und 18 Secondelieutenants. Den verschiedenen Waffengattungen nach participiren an diesen Todten die Cavallerie und Artillerie mit je einem, die Landwehr mit fünf, die Pioniere wieder mit einem todtten Offizier. Unter den Verwundeten befinden sich an höheren Offizieren 1 Generallieutenant (v. Mansfin), 1 Oberst (v. Krohn, Commandeur des 4. Garderegiments) und 2 Oberstlieutenants (v. Hartmann, Commandeur des 60. Regiments, und v. Gleisenberg). Die 55 beim Sturme vom 18. April verwundeten Offiziere vertheilen sich den Waffengattungen nach: Generalität 1, Pioniere 3, Garden 11, Linie 34, Landwehr 5, Krankenträger (Landwehr) 1, vom gothaischen Regiment und commandirt zu den preussischen Truppen 1 = 55. Den Chargen nach befinden sich darunter 1 Generallieutenant, 2 Stabsoffiziere, 13 Hauptleute, 9 Premierlieutenants, 28 Secondelieutenants.

Die „Voss. Ztg.“ schreibt: „Daß die auswärtige Politik der preussischen Regierung auch auf die Gegenfrage im Innern ihre Wirkung nicht verfehlt, ist eine Thatsache, welche jetzt nur noch von denen gelehnet wird, denen sie um ihrer Parteinteressen willen unwillkommen ist.“ Mit diesen inhaltschweren Worten beginnt der offiziöse Korrespondent der „Voss. Ztg.“ seine neueste Mittheilung. Sollte man sich in Regierungskreisen wirklich der Täuschung hingeben, die Theilnahme des Volkes für die Armee, in welcher es einen Theil von sich selbst sieht und deren Siege es als seine eigenen betrachtet, deren Beiden es fühlt, als ob es selbst davon betroffen wäre, schließe eine Anerkennung des Systems ein, welches drei Jahre lang von dem Volke und seinem Vertreter bekämpft worden ist? Dem ist nicht so: der Sieg bei Düppel ist von dem Volke mit Jubel begrüßt worden, weil es darin einen Sieg der gerechten deutschen Sache, weil es darin einen neuen Beweis für die alte Tüchtigkeit des preussischen Volksheroes gesehen hat, und wenn es mit den neuesten an die Öffentlichkeit getretenen Zielen des Ministeriums sich einverstanden erklärt, so weiß es recht gut, daß die Aufstellung solcher Ziele ermöglicht oder doch erleichtert worden ist, weil das preussische Heer, und der offiziösen Zeitung ungeachtet behaupten wir, die preussische Landwehr den europäischen Mächten gereigt hat, daß kein Zwiespalt zwischen Volk und Regierung die Wehrkraft Preußens so schwächen kann, daß es ein Spielball auswärtiger Mächte werden könne. Und wenn die Landwehrmänner bei Düppel mit Todesverachtung gekämpft haben, angefeuert durch den Gedanken, daß es gelte, die so vielfach angezweifelte Tüchtigkeit der Landwehr zu beweisen,

so wird man doch nicht glauben, daß das Volk dadurch geneigter ist, dieses Palladium der Volksrechte, welches ihm über 30 Jahre lang als Verfassung diente, aufzugeben. In officiösen Kreisen meint man es zu glauben, in den Kreisen der „Berliner Revue“ glaubt man es nicht, aber man will es erzwingen, denn sie schreibt in ihrer neuesten Nummer: „Nun noch ein schleswig-holstein'scher Krieg im Innern.“

Der Preussische Volksverein hält am nächsten Mittwoch, 7½ Uhr Abends, im Saale des Englischen Hauses, wieder eine Versammlung, in welcher die vor acht Tagen nicht mehr zur Berathung gekommene Arbeiterfrage mit Bezug auf die Deputation der Schlesischen Weber besprochen werden soll.

Die „Kreuztg.“ beschäftigt sich mit der Schrift, welche Laßalle gegen Schulze-Delisch geschrieben hat. Sie kann, trotz aller Freundschaft, Hr. Laßalle, welcher voraussetzt, daß alle Tugend und alles Verdienst auf Seiten der „Arbeit“ und alle Borwürfe und alle Ungerechtigkeiten auf Seiten des „Kapitals“ zu suchen seien, nicht Recht geben. Nach ihr ist das Heil der Arbeiter ganz wo anders zu suchen, sie schließt sich der Anschauung des Bischofs von Mainz, des Schm. v. Ketteler, an, daß das Heil und Verderben des Arbeiterstandes vom Christenthume und der christlichen Kirche abhängt. Die christliche Kirche „hat den Arbeiterstand aus dem Zustande der Sklaverei auf seine jetzige Höhe erhoben; ohne sie vermögen alle Humanitätsbestrebungen seiner sogenannten Freunde nicht zu verhüten, daß dieser Stand wieder in die Verhältnisse des alten Heidenthums zurückfalle.“ — Wir sind gewiß weit entfernt, den Vortheil wahrhaft religiöser Anschauungen im Arbeiterstande und in allen Klassen der Gesellschaft zu unterzählen, aber wir bitten die Vertheidiger der vom Bischof von Mainz ausgesprochenen Ansichten, sich in den Ländern, wo man mehr betet als arbeitet, unter den Arbeitern umzusehen, ehe sie sich diesen Anschuldigungen anschließen.

Die Berliner Buchdruckergehülfen, welche schon seit längerer Zeit bemüht sind, höhere Lohnsätze zu erlangen, haben sich in einer Petition an das Ministerium um Aufhebung der §§. 132—134 der Gewerbeordnung von 1845 (Verbot der Koalition unter den Arbeitern zur Erhöhung des Arbeitslohnes) gewandt. Wie die „B. B.-Ztg.“ mittheilt, hat der Minister des Innern die Zusage ertheilt, daß er diese Verhältnisse einer eingehenden Prüfung unterwerfen werde; außerdem hoffe er schon dem nächsten Landtage einen Gesetzentwurf vorlegen zu können, welcher die Arbeiterverhältnisse regeln und auch voraussichtlich den in der Petition ausgesprochenen Wünschen Rechnung tragen werde.

Schulze-Delisch wird am Montag in Straßund der Tausche des dem Capitän Drehn gehörigen Barkschiffes bewohnen, welches ihm zu Ehren den Namen „Schulze-Delisch“ erhalten soll.

Die hier anwesenden Vertreter der Zollvereinsstaaten waren gestern zu einer mehrstündigen Konferenz versammelt und auch heute wird eine solche abgehalten. Die Sitzungen sollen jetzt beschleunigt werden. — In Bezug auf die stattgehabten Verhandlungen in der Zollfrage zwischen Frankfurt und Preußen vernimmt die „Börsen-Zeitung“ aus zuverlässiger Quelle, daß Frankfurt erklärt hat, Preußen könne auf sein Verbleiben beim Zollverein sicher rechnen, wofür Frankfurt nicht durch sämtliche Nachbarstaaten vom Zollvereins-Gebiete ausgeschlossen werde; in diesem Falle erwarte es, daß Preußen seiner geographischen Lage Rechnung tragen werde. Die Erklärung Frankfurts ist von Preußen mit großer Befriedigung aufgenommen worden, und da der Beitritt Kurheffens gesichert ist, so steht das Verbleiben Frankfurts beim Zollverein ebenfalls fest.

Königsb., d. 30. Mai. Man pflegt häufig die Kundgebungen von Provinzial-Hauptstädten als maßgebend für die Provinz anzusehen, und wenn die kleineren Städte schweigen, dies als eine Zustimmung anzusehen. Diesen Schluß in Bezug auf die Arnim'sche Adresse für uns wenigstens unmöglich zu machen, war der Zweck der gestern hier stattgefundenen Volksversammlung, in welcher eine durch den Abg. Asmann begründete Resolution angenommen wurde, welche die Uebereinstimmung der Versammlung mit der Rechtsverwahrung der deutschen Volksvertreter aussprach. Eine zweite Resolution begrüßte der Umstand, daß jetzt auch eine Anzahl Männer der conservativen Partei sich für die gänzliche Trennung Schleswig-Holsteins von Dänemark ausgesprochen, als ein erfreuliches Zeichen, ohne jedoch die Adresse jener Männer selbst als geeignet, von der liberalen Partei zu der ihrigen gemacht zu werden zu bezeichnen.

Schievelbein, d. 28. Mai. Wie die „D.-Ztg.“ mittheilt, hat jetzt auch die Provinz Pommern ihren Steuerverweigerer. Der Gutsherr Dohert zu Volkenhagen verweigert in Folge der Budgetlosigkeit der Staatsregierung seit Monaten die Steuer. In Folge dessen ist ihm ein Halbwagen abgepfändet worden.

Frankreich.

Paris, d. 30. Mai. Zu den Worten des gestrigen „Abend-Moniteurs“ über Hr. v. Beust und Deutschland bemerkt heute die „France“, allerdings „müsse als ein erfreuliches Symptom für die Stimmung der Geister constatirt werden, daß Deutschlands altes Mißtrauen gegen die französische Politik unter der Klarheit der Thatfachen schwindet. Frankreich ist in allen internationalen Fragen den höheren ebenso wohl conservativen als progressiven Grundsätzen treu, auf denen seine eigene Verfassung ruht. Es will die Aufrechthaltung des Friedens, aber es weiß auch, daß es keinen soliden Frieden giebt, ohne Befriedigung der legitimen Rechte und ohne aufrichtige Kundgebung des Nationalgefühls. Diese Grundsätze, welche das wahre Fundament des Staatsrechts der modernen Gesellschaft bilden, hat Frankreich in allen Verhältnissen geltend zu machen sich bemüht und es freut sich, daß es sie bei der Regelung der dänischen Frage hat vertheidigen und

zur Annahme bringen können. Wahrlich, wenn die französische Regierung, wie man ihr ungerechter Weise die geheime Absicht dazu beigemessen hat, Vorwände gesucht hätte, die Unruhe in Europa zu nähren, so wäre die Gelegenheit jetzt recht günstig gewesen. Aber sie sucht die Mittel, um Frieden zu stiften, nicht die Elemente der Zwietracht, und freut sich darüber, daß die öffentliche Meinung in Deutschland diese Wahrheit erkennt.“

Dänemark.

Kopenhagen, d. 29. Mai. Die heutige „Flyvepost“ schreibt: „Es heißt, daß die Regierung in der letzten Staatsraths-Sitzung Bestimmungen getroffen habe hinsichtlich der Frage wegen Verlängerung der Waffenruhe, von welcher man annimmt, sie werde in der heutigen Sitzung der Londoner Konferenz aufs Tapet gebracht werden. Das Gerücht will wissen, es werde dort der Antrag gestellt werden, einen Waffenstillstand auf drei Monate abzuschließen, und zugleich werde man die Verbündeten zu bestimmen suchen, Lütland und Schleswig zu räumen, welches letztere Land von den Truppen einer neutralen Macht besetzt werden würde. Ob sich dies so verhält, vermögen wir nicht zu sagen, auch nicht, ob der Antrag von Dänemark oder den neutralen Mächten ausgeht. Preußen wird sich ihm schwerlich unterwerfen. Sollte der Krieg nun nach kurzer Unterbrechung wieder ausbrechen, so haben wir keine sonderliche Aussicht, daß wir ihn mit Glück wieder werden aufnehmen können. Wir können zwar mit unserer Flotte dem Feinde an Handel und Industrie großen Schaden zufügen, er wird sich aber in Lütland dafür revangiren und vermuthlich darnach trachten, sich einiger Inseln zu bemächtigen. Es ist auch kaum Aussicht vorhanden, daß wir fremde Hülfen bekommen, hauptsächlich da es gegen den Wunsch der neutralen Mächte ist, daß die Feindseligkeiten wieder beginnen. Man verleihe uns aber nicht falsch, wir wollen den Waffenstillstand so lange, als die Verhandlungen auf der Konferenz mit einiger Aussicht auf einen ehrenhaften Frieden geführt werden. Kann ein solcher nicht ohne eine bedeutende Terrainsabtretung erlangt werden, welche mit Auflösung des Reiches gleichbedeutend ist, so muß keine Rücksicht die Regierung abhalten, die Feindseligkeiten aufs Neue zu eröffnen. Lieber mit Ehren fallen, als einen entehrenden Frieden eingehen, der zuletzt die Austilgung Dänemarks aus der Zahl der Reiche zur Folge haben würde. Ueber einen solchen Frieden kann nicht verhandelt werden, der kann nur aufgezwungen werden.“ — Dagegen schreibt „Fædrelandet“: „Da in den letzten Tagen hier in der Stadt das Gerücht verbreitet war, daß eine Verlängerung der Waffenruhe vorgeschlagen und beabsichtigt oder sogar beschlossen sein sollte, sind wir bestrebt gewesen, uns Kunde darüber zu verschaffen, in wieweit sich solches wirklich so verhält. Wie wir erfahren haben, sind diese Gerüchte gänzlich unbegründet. Von einer Verlängerung der Waffenruhe ist durchaus keine Rede gewesen, und es ist auch nicht wahrscheinlich, daß unsere Regierung hierauf eingehen würde — was nach unserer Ansicht denn auch im höchsten Grade unklug sein würde — außer in der Voraussetzung, daß vor Ablauf der Waffenruhe eine Friedensbasis vorläge. Sollte dieses aber der Fall sein, würde wahrscheinlich ein Waffenstillstand auf andere Bedingungen als die der Waffenruhe, diese ablösen.“

Telegraphische Depeschen.

Paris, d. 31. Mai. Der „Moniteur“ meldet auf Grund einer officiellen Depesche aus Rom, daß der Papst gestern wieder angefangen hat, zu empfangen und vollständig wieder hergestellt sei. Nach Depeschen aus Algier ist die Provinz Konstantine ruhig. Die Generale Deligny und Dussut leiteten ihre Operationen in der Provinz Oran fort. — Der „Constitutionnel“ bespricht in einem von Limayrac gezeichneten Artikel die Maßregeln, die der Fürst Cusa ergriffen hat. Dieselben gehörten an sich zu der Klasse derjenigen, welche dem am Pariser Vertrage von 1856 beteiligten Mächten vorbehalten seien; aber Cusa habe sich in der Nothwendigkeit befunden, sie zu ergreifen, vorbehaltlich der nachträglichen Ordnung durch die Mächte. Im Orient vor allem, wo eine gewaltsame Krisis die traurigsten Folgen haben könnte, müßten die Mächte alle Mittel der Befriedigung erschöpfen, damit nicht ein schwer zu löschender Brand ausbreche.

Brüssel, d. 31. Mai. Heute trat die Repräsentantenkammer wieder zusammen. In derselben erklärte der Minister des Auswärtigen, Rogier, daß das Ministerium sein Programm aufrecht erhalte, weil der König denselben seine aufrichtige Mitwirkung zugesagt habe. Rogier sagt, die Annahme des von der katholischen Partei aufgestellten Programms sei unmöglich gewesen. Das letztere wurde darauf von dem Deputirten Dechamps vertheidigt.

Turin, d. 30. Mai. Der Minister Minghetti theilt den Kammermitgliedern mit, daß die Anleihe von 200 Millionen unter günstigen Bedingungen ausgegeben sei.

Madrid, d. 29. Mai. Der Finanzminister hat dem Senat einen Gesetzentwurf vorgelegt wegen Ertheilung der Concession zur Errichtung einer Bank an die Herren Weissweiler, Salamanca und Osma, mit der Verpflichtung, für 200 Millionen Treasurescheine zu übernehmen.

Petersburg, d. 31. Mai. Ein in dem „Journal de St. Pétersbourg“ publicirtes kaiserliches Dekret besteht die Herabsetzung des Auswärtigen von Lumpen von 60 auf 30 Kopeken vom Pud.

National-Verein.

Die Mitglieder und Freunde des deutschen National-Vereins werden zu einer Versammlung, welche **Sonntag den 5. Juni, Nachmittags 4 Uhr,** auf dem Waldschloß bei Heldrungen stattfinden wird, hiermit eingeladen. **Albert Traeger. Wilhelm Mühlberg.**

Bekanntmachungen.

Mittlere Firma bitte zu beachten.

Leipzigerstr. Nr. 1.

Ed. Bendheims größtes Lager eleganter Kleidungsstücke

Alle Post.

empfehlte in Folge vortheilhafter Einkäufe zu außergewöhnlichen billigen Preisen:
Buchstin-Heberzieher und Jaquettes v. 6¹/₂—9 Thlr. Feine Tuch-Höcke u. Fracks v. 6—10 Thlr.
Joppen v. 2³/₄ R. **Buchstin-Beinkleider neuester Dessins v. 2¹/₂—5 R.** Bestellungen nach dem Maße werden ohne Preishöhung prompt effectuirt.
Ed. Bendheim.

Vorschuss- und Spar-Verein in Schaffstädt.

General-Versammlung den 5. Juni cr. Abends 6 Uhr
 im Gasthof „zum Prinze v. Preußen“.

Tagesordnung:

- 1) Rechnungslegung für das 2te Geschäftsjahr.
- 2) Anchluss an den Provinzial-Verband deutscher Genossenschaften.
- 3) Neuwahl der durch das Loos ausgeschiedenen 2 Beisitzer.
- 4) Die Genossenschaftsbank in Berlin.
- 5) Weitere von den einzelnen Mitgliedern zu stellende Anträge.

Die Mitglieder werden ersucht, sich recht zahlreich an der Versammlung zu beteiligen und recht pünktlich einzufinden.

Schaffstädt, den 1. Juni 1864.

Der Vorstand.

F. Günsh. **J. Säpler.** **B. Bauer.**
 Vorsitzender. Kassirer. Controlleur.

Neue Matjes-Heringe

in Schocken und einzeln billigst.

G. Goldschmidt.

Geräuch. Rhein- u. Weserlachs, sehr delik.,
frische Seekrabben,
sehr wohlschmeckenden Hamburger Caviar,
echt Hamburger Rauchfleisch u. Rinds-
zungen, roh u. abgekocht,
vorzüg!. Westphäl. Schinken.

G. Goldschmidt.

Wasserheilanstalt u. climatischer Kurort Königsbrunn,
 am südlichen Fuße der Festung Königstein (sächs. Schweiz). Anwendung
 des Wassers in allen Temperaturgraden, ebenso Molkten u. gymn. Kuren
 unter Leitung des Dr. Puzar.

Dr. Puzar's hydr. Schriften sind aus allen Buchhandlungen u. Prospekte aus Königsbrunn selbst zu beziehen.

Der Besitzer einer grösseren Fabrik und Handlung, welcher
 nur den practischen Betrieb leitet, will für die geschäftliche Leitung, resp. Lager-Verwaltung,
 Verkauf, Versendung etc. einen umsichtigen, gebildeten Mann engagiren. — Gewandtheit
 im Geschäfts-Verkehr und Fertigkeit in schriftlichen Arbeiten sind erforderlich, Fachkennt-
 nisse nicht nöthig. — Die Stellung ist eine dauernde und mit mindestens 800 R jährlichem
 Einkommen verbunden. Auftrag **A. Goetsch & Co. in Berlin,** Zimmerstr. 48a.

Ein junges kräftiges Mädchen, welches zwei
 Jahr in einer Wirtschaft gelernt hat, sucht bei
 sehr bescheidenen Ansprüchen auf einem Ritter-
 gute eine Stelle als Wirtschaftlerin. Nähere
 Auskunft ertheilt Herr Wäcker Chr. Rein-
 hardt in Halle, Herrenstraße Nr. 18.

Zweibendorf.

Zum Schweinauskegeln und Ball
 Sonntag den 5. Juni ladet freundlichst ein
Kleypzig.

Zum Concert und Ball
 Sonntag den 5. Juni Nachmittags 4 Uhr, ge-
 geben von den Hobejüner Berglängern, ladet
 freundlichst ein **Becker.**
 Dachsitz, d. 1. Juni 1864.

Bescheidene Anfrage!

Sollte die Theater-Direction es nicht ermög-
 lichen können, am folgenden Sonntag nochmals
 die **Margarethe** zu geben? Die Direction
 käme dadurch den Wünschen vieler Theater-Bes-
 ucher nach, denen es an Wochentagen leider an
 Zeit fehlt, das Stück zu besuchen.

Einer für Viele.

Herzlichen Dank

der Gemeinde Siebichenstein für die patrio-
 tische Gabe, welche sie mir und meinen Kamer-
 aden hier in Schleswig haben zu Theil wer-
 den lassen.

C. Dohle,

Trompeter der 2ten G. p. d. Batterie Brandenburgi-
 schen Artillerie-Brigade (Nr. 3) zu Schleswig.

Gutenbergs.

Zum Tanzvergnügen Sonntag den 5. Juni
 von Nachm. 3 Uhr an laden freundlichst ein
die jungen Mädchen daselbst.
NB. Musik vom 67. Inf.-Regiment.

Das Geseht bei Missunde.

Wo war's, wo kämpfte Mann für Mann
 Dort bei dem Donner der Geschütze?
 Wenn leuchteten der Waffen Blitze
 Woran auf ihrer Siegesbahn?
 Sag's Deutschland, sag's mit lautem Munde,
 Nacht auch der Krieg das Herz so schwer,
 Da drauß in Schleswig bei Missunde,
 Da socht ein tapfres Preußenheer.

Das hat gestritten, bis entwich
 Das kampfbereite Heer der Dänen,
 Und Schleswig sah durch seine Thränen
 Empor zu Gott, und freute sich.
 Es war ein Strahl der Rettung'stunde
 Nach langen Nächten bang und schwer,
 Es sah die Sieger von Missunde
 Verfolgend kühn der Feinde Heer.

Abd' gefall'ne Kameraden!

Für Schleswig's Wohl und Preußens Ehre;
 So sprach'n still die Kameraden
 Und zogen weiter mit dem Heere;
 Und drauß im stillen Grabesgrunde,
 Am fernem deutschen Meeresstrand,
 Da ruh'n die Todten von Missunde!
 Mit Gott, für König und Vaterland.

Ein Füllier der 4. Comp.

Gebauer-Schwetfche'sche Buchdruckerei in Halle.

Die durch Todesfall erledigte Bürgermeis-
 ter-Stelle in hiesiger Stadt, mit welcher ein Ge-
 halt, zeitlich 415 R, bei der Befegung aber
 450 R incl. der Benützung einer halben Hufe
 Feld nach jetziger Verpachtung, verbunden ist,
 soll vom 1. Juli cr. ab anderweit besetzt wer-
 den; qualifizierte Bewerber haben sich binnen 4
 Wochen unter Beibringung ihrer Zeugnisse ver-
 sönlich bei dem Unterzeichneten zu melden.
 Brehna, den 17. Mai 1864.

Krahmer,

Stadtverordneten-Vorsitzer.



Eine Fuchsstute, 9 Jahr alt, 5
 3" groß, geritten und gefahren, steht
 zu verkaufen

gr. Ulrichsstraße 4.

Ein Arbeitspferd, braune Stute, 5 Jahr
 alt, steht zum Verkauf bei Matthäi in Eis-
 leben.

Neue Matjes-Heringe empfangen in
 guter haltbarer Waare und notiren solche bei
 Abnahme von Tonnen und Schocken billigst.
C. Hofmeister & Co.

Müller's Belle-Vue.

Heute Donnerstag den 2. Juni

Grosses Concert.

Mit zur Ausführung kommt:
Sinfonie (D dur) v. Haydn.
 Anfang 4 Uhr. **C. Johm.**

Freybergs Garten.

Donnerstag den 2. Juni Abend-Milli-
 tair-Concert. Zur Auff. kommt u. a.
 Ouverture z. Op. „Curranthe“ von Weber
 Concert-Ouverture von Bärwolff. Kantate
 aus Halevy's „Fübin.“ Hurrab! March.
 Potpourri von Rosenkranz. Duppel-Märsch
 etc. etc. etc.
 Anfang 7¹/₂ Uhr. **F. Fiedler.**

Ergebene Bitte.

Die verehrliche Theater-Direction wird höf-
 lichst ersucht, am Sonntag die Poffe: „**Margarethe**“ zur Ausführung zu bringen.
Viele, die am Sonntag bei der ersten
Vorstellung der Margarethe
keinen Platz mehr erhalten konnten

Bekanntmachung.

Für die verwundeten preussischen und österrichischen Soldaten resp. die Hinterbliebenen der Gefallenen sind ferner eingegangen:

Beim Ober-Bürgermeister v. Bock: D. L. 2 Zhr.

Beim Stadtverordneten-Vorsteher, Justizrath Göbcke: Dr. M. 2 Zhr., Frau Gen. v. H. 1 Zhr. für die Witwe des Pioniers Klinke, Dr. K. 3 Zhr., überhaupt 6 Zhr.

Beim Stadtrath, Justizrath Dryander: 3—3—1 Doppel-Louis'or = 11 Zhr.

Beim Stadtverordneten, Bank-Agenten Hildenbagen: Dr. G. 2 Zhr., Ungenannt 1 Paket Feinen nebst 1 Paar wollenen Strümpfen.

Beim Stadtverordneten, Fabrikbesitzer E. Fensch: H. 2 Zhr., Ungenannt 1 Päckchen Charpie, 1 Päckchen Binden.

Beim Stadtverordneten, Kaufmann Leuser: Betrag einer veranfalteten Sammlung 17 Zhr. 22 Sgr. 6 Pf.

Bei der Expedition der Hallischen Zeitung im Schwelshke'schen Verlage, ausweislich der besonderen Anzeigen 30 Zhr. 24 Sgr. 6 Pf. Ueberhaupt sind eingegangen bis zum 12. Mai cr. 3031 Zhr.

26 Sgr. 11 Pf., bis heute 71 Zhr. 17 Sgr., in Summa 3103 Zhr. 13 Sgr. 11 Pf.

Halle, den 31. Mai 1864.

Das Unterstützungs-Comité für Halle und Umgegend.

Warnung.

Die „Köln. Zeitung“ meldete gerüchtwaise aus Paris (s. Nr. 124 d. Ztg.), daß, wenn es in Schleswig zum Abstimmen kommen sollte, ein englisch-französisches Corps einrücken und die Abstimmung übernehmen würde. Wir sind noch über 7 Wochen von dem Eintritt der Hundstage entfernt und die bisherige Witterung ist zu kühl gewesen, als daß es glaubhaft erscheinen könnte, die jüdisch-englische Freundschaft gehe gegen Deutschland so weit, daß sie uns vielleicht dieselbe Ambulanz von Matrosen, die am 9. Mai auf den dänischen Schiffen bei Hingoland die Geschütze bedienten und richteten, als Stimmzähler und vollzählige Sicherheits-Commissarien nach Deutschland senden sollte. Wäre aber dennoch England so thöricht und Frankreich so schwach und liebedienerisch, eine solche Forderung von solchem Widerstand zu stellen, so vertrauen wir den Vertretern der deutschen Mächte und deutschen Rechte, daß sie ein Ansehen so schwachvoller Annäherung mit den härtesten Zurechweisungen abwerfen und erklären werden, das Volk in Schleswig bestehe nicht aus Gaukern und Abriechern von Murrelthieren oder vagabundirenden Händlern von Meerschwämmen, wie z. B. die Savoyarden, und für Deutschland sei das Verdikt, das die Staats-, Rechts- und Sittengeschichte über die Abstimmung in Savoyen und Piazza für alle Zukunft ausgesprochen, eine eindringliche, obwohl für uns überflüssige Warnung, das für alle Welt klare deutsche Recht nicht mit einem favoyischen Gaukelspiel zu vertauschen, auch wenn es die jüdisch-englische Völkerverhaderungs-Politik als ein Grundrecht und als einen Glaubensartikel in den Coder ihres Völkerechts aufgenommen haben sollte.

Es ist erfreulich, daß es auch Engländer giebt, welche Rechtsgefühl und Anstand genug besitzen, um die Creditoren der englischen Minister, des englischen Parlaments und der englischen Presse zu misbilligen, aber die „Meinung eines alten Engländers über Schleswig-Holstein“ von dem seit 50 Jahren in Hamburg lebenden Th. Boyes kommt viel zu spät, als daß wir darin etwas anderes als den Versuch erblicken könnten, für den englischen Handel die Folgen abzumildern, welche England als Frucht seiner Rohheiten mit Recht fürchtet. Es gehört jetzt nach dem Siege des Rechts über Vertragsbruch und englische Arealoffizien wenig Muth dazu, den eignen Landesgenossen Vorhaltungen zu machen, nachdem das Glück der Waffen mit einem Opfer von 40—50 Mil. Zhr. den ganzen Wust von Protokollen aus den Jahren von 1850—1852 zerissen und Europa die Befestigung dieser Willkürlichkeiten anerkannt hat. Einen ungleich höhern Werth hat dagegen eine Rede, die mitten in dem Tumulte der öffentlichen Meinung in England und zu einer Zeit, da noch Niemand die Ergebnisse des Kampfes und der Diplomaten als eine feste Unterlage für nachträgliche Betrachtungen benutzen konnte, G. Crawshaw, Mayor von Gateshead, einer von 30.000 Menschen bewohnten Vorstadt von Newcastle, am 2. Febr. d. J. gehalten hat. Der Vortrag ist übersezt unter dem Titel: „Der Londoner Traktat vor dem Richterstuhl der öffentlichen Meinung in England“ erschienen (Bremen bei Herrn. Gesenius) und der Reinertrag soll Schleswig-Holstein zu Gute kommen. Während Regierung, Parlament und Presse in der Mißhandlung Deutschlands einander überboten und die deutschen Heere fürchten mußten, ergebnislos im nordischen Schnee und Eis zu versinken, da zerstreut ein englischer Oberbürgermeister mit unerbitlicher Logik das ganze Machwerk der Londoner Protokolle und wirft die Papiergerichte dem Parlamente, der Regierung und der zügellosen Presse ins Gesicht. Das ist eine That des durch Rechtsinn gestärkten kühnen Muthes, der einen höhern sittlichen Werth hat, als die sein angelegte Weisheit der Herren, die vom Rathhause kommen. Dabei ist charakteristisch, daß die nachträglichen Zurechweisungen von einem Engländer, der seit 50 Jahren als Nativ-Engländer in Hamburg, dem englischen Vorhafen in Deutschland, kommen, wie es bezeichnend ist, daß in dem Augenblicke, wo der schleswig-holsteinische Kanal, diese Lebensader und Lebensfrage für den norddeutschen Seehandel, von Kiel aus nach der Nordsee geführt werden soll, eine andere hanfsche Stadt, die noch

vor drei Monaten den Durchmarsch deutscher Truppen hindern wollte sich plötzlich hervordrängt und das Geschenk deutschen Blutes und deutscher Wirtschaftskräfte für sich und ihre Schwester an der Elbe begehrt, damit der alte Steinkanal wieder belebt und Lauenburg eine neue Bollbarriere werde. Deutschland bedarf aber im Norden nicht bloß einen Handelshafen, sondern auch eine feste Seeburg zum Schutze seines Handels, und dazu taugt eine von Deutschland so zum wie losgeriffene souveräne Hansestadt nicht. Ob dazu ein Paar Millionen Thaler mehr oder weniger erforderlich sind, darauf kann es bei großen wirtschaftlichen politischen Erfolgen nicht ankommen, am allerwenigsten dann, wenn es gilt, die Nachteile der souveränen Kirchthurnpolitik zu vermeiden. Die Bucht von Kiel muß der Kriegshafen für den Schutz des neuen Kanals und noch anderer Dinge werden. Das sei unser Warnungsruf gegen alle und jede Machination!

Schleswig-Holsteinische Angelegenheit.

Der „Köln. Ztg.“ wird aus Paris vom 30. Mai geschrieben: Wie die Sitzung der Conferenz vom 17. d. Mts., so fängt auch diejenige vom 28. Mai an, kein Geheimniß mehr für die neugierig-lüsterne Welt zu sein. Ueber das Tirailleurs-Wortgefecht zwischen Graf Bernstorff und Lord Russell kann ich heute folgendes Näheres mittheilen: Es handelt sich zunächst um die Verlängerung der Waffenruhe, resp. ihre Umwandlung in einen definitiven Waffenstillstand mit vierwöchentlicher Kündigung. Als dieses Thema zur Berathung kam, erhob sich Lord Russell und meinte, es könne der dänischen Krone nicht wohl zugemuthet werden, die Verlängerung der Waffenruhe auf der alten Basis einzugehen. Das Princip des uti possidetis habe sich Angesichts der vielen eingelaufenen Beschwerden als unpraktisch erwiesen. Es müsse eine andere Basis gesucht werden. Graf Bernstorff, der durch diese Bemerkungen die Ehre der preussischen Truppen im Allgemeinen und ihre Vertragstreue insbesondere angegriffen glaubte, replicirte dagegen, daß durchaus kein Factum vorliege, welches die von dänischen Blättern erhobenen Beschuldigungen auch nur einiger Maßen zu rechtfertigen im Stande sei. Hr. Duaae, ohne sich weiter an die Auslassungen des preussischen Bevollmächtigten zu halten, meinte seinerseits, auch seine Regierung sei von der ferneren Unhaltbarkeit des Prinzips des uti possidetis überzeugt und sie könne in dieser Angelegenheit überhaupt nur die Alternative stellen: Wiedereröffnung der Feindseligkeiten, resp. Wiedererhängung der Blockade über die preussischen Ostsee-Häfen, oder — Räumung Sütländs durch die preussischen Truppen. Hierauf erhob sich abermals Graf Bernstorff mit der Ansicht, daß allerdings prinzipiell gegen eine Räumung Sütländs sehr wenig einzuwenden sei, da sich dessen „Unwirksamkeit“ so glänzend bewährt habe, nur müsse dafür auch eine Gegenleistung gefordert werden dürfen, und diese soll darin bestehen, daß die Dänen ihrerseits alle notorisch zu schleswig'schem Terrain gehörigen Inseln verließen. Herr Duaae befand sich diesem Gegen-Vorschlage gegenüber ohne Instruktionen, die er scheinigst einzuholen verbiess, und so ließ man diesen Gegenstand fallen, indem man begann dem eigentlichen Kern der Frage auf den Leib zu rücken. „Tactvoll“ wurde stillschweigend die Ordnung der Successions-Angelegenheit der Zukunft überlassen, und da die dänischen Bevollmächtigten erklärten, ihrerseits keine Propositionen aufstellen zu können, so trat wieder Graf Bernstorff, dieses Mal officiell im Namen des österreichischen und des dritten deutschen Bevollmächtigten, auf und so sprach er das große Wort gelassen aus, durch welches die drei deutschen Mächte die vollständige Trennung Schleswigs, Holsteins und Lauenburgs von der dänischen Krone verlangten. Kaum hatten sich die Herren Dänen von ihrem Erlaunen erholt, als Lord Russell sich anschickte, zu erwidern, daß dieser Vorschlag schlechterdings in seiner „Ungeheuerlichkeit“ für Dänemark „unannehmbar“ sei und ein Mittelweg eingeschlagen werden müsse. Es handle sich nur um die Theilung Schleswigs dergestalt, daß der eine Theil, der nördliche, vollkommen in Dänemark incorporirt würde, so daß letzterem die ausgedehntesten Souveränitätsrechte über denselben zuständen, während der südliche Theil das Schicksal Holsteins zu theilen bestimmt sei. Abgesehen wiederum von der Prinzipienfrage, entspann sich hierbei ein ziemlich heftiges Wortgefecht über die eventuelle Feststellung der Grenzen, als Lord Russell ohne Weiteres die Schley und das Dannewirke als „natürliche Gränze“ bezeichnen zu müssen glaubte. Schließlich einigte man sich jedoch dahin, die Gränzregulirungsfrage noch als eine offene zu betrachten, im Prinzip jedoch dem Theilungs-Vorschlage beizustimmen, für den jetzt die drei deutschen Mächte und die neutralen einzustehen entschlossen scheinen. Rußland allein erklärte, hierüber erst noch Erwägungen anstellen zu müssen, und die dänischen Bevollmächtigten sagten zum zweiten Male an diesem Tage, daß sie die Instruktion hätten, keine Instruktion zu haben.

Der „Wiener Presse“ wird aus Oldenburg telegraphirt: „Der Großherzog von Oldenburg hat erklärt, unter den gegebenen Umständen auf seine Ansprüche auf Schleswig-Holstein zu verzichten.“

Dr. H. Jöpsl's „Rechtliches Gutachten“ in der schleswig-holsteinischen Sache über die Competenz der deutschen Bundesversammlung ist erschienen und verdient doppelte Aufmerksamkeit, weil es von einem anerkannt konservativen Publicisten herrührt. Es seien hier nur zwei Cardinalpunkte desselben erwähnt. Jöpsl fordert, wenn nicht die definitive Beschlußnahme über die Erbfolge in Schleswig-Holstein sofort erfolgt, die Einsetzung einer provisorischen wirklichen Landesregie-

zung und die Activirung der Landesvertretung, und zwar als bundesmäßiges Recht des Herzogthums Holstein". Weiter sagt er:

Von einer Veranstaltung einer Untersuchung über den jüngsten Verfassungszustand und einer Zurückführung der Sachlage auf denselben, welche auch in Anregung gebracht worden, kann unter den verhältnismäßig keine Rede sein. Die Bundesversammlung hat schon im Bundesbeschluss vom 1. Oct. 1863 eine „Verwaltung“ der Herzogthümer, also eine Sequestration derselben angeordnet, und wo einmal eine solche Anordnung eingetreten ist, ist eben hierdurch an die Stelle der Verfügung in possessorio summarissimo eine dieselbe ebenso überflüssig machende, als dieselbe ihrem Begriff nach ausschließende Maßregel getreten. Das, um was es sich gegenwärtig handelt, ist vielmehr: die Sequestration der Herzogthümer, welche zunächst auf die Zeit des Lebens des Königs Friedrich VII. von Dänemark als Herzogs von Holstein und Sleswig und auf die damals allein in Frage stehenden Verfassungswirren berechnet war, in einer der nunmehr durch den Tod des Königs-Herzogs gänzlich veränderten Sachlage angemessenen Weise umzubilden, und den an der Sequestration gänzlich unschuldigen Ländern nunmehr mindestens einen vollkommen geordneten provisorischen Regierungszustand zu gewähren.

Dänemark.

In einem Schreiben aus Aalborg vom 22. Mai giebt der Correspondent des „Daily Telegraph“, welcher die Zeit der Waffenruhe zu einer Tour von Kopenhagen durch Jütland benutzt, eine Schilderung der socialen Verhältnisse des von ihm bereisten Landes. Zwischen den jütischen und den weiter südlich gelegenen Dörfern findet er einen stark markirten Unterschied. Die äußerste Sauberkeit und Wohnlichkeit, welche die Bauernhäuser in den Herzogthümern wie gleichfalls auf den Inseln kennzeichnen, vermisst er durchaus in Jütland. Die Bauern haben wenig Geld und noch weniger Unternehmungsgelbst. Der Boden Jütlands ist ergiebig und reich und große Strecken der moosbewachsenen Moore können durch Drainirung in gutes Korn- oder Weideland umgewandelt werden. Der jütische Bauer aber bebaut gerade so viel Land, um von sich und den Seinigen nothdürftig den Mangel abzuhalten, und hat er das gethan, so ist er zufrieden. Wenn auch gerade nicht eigentliche Entbehrung und Noth aus der Beschaffenheit der Wohnungen spricht, so liegt auf ihnen doch ein Schimmer von Dürftigkeit, der in den Herzogthümern und auf den Inseln eine ganz ungewohnte Erscheinung sein würde. Der Reisegefährte des Correspondenten war ein Däne, welcher lange Zeit im Auslande gelebt und auf beiden Hemisphären einen guten Theil von der Welt gesehen hatte. „Noch eine Generation“, bemerkte dieser Däne dem Berichterstatter — „und all diese Einöden und Sümpfe werden angebaut und eingehegt sein.“ Und auf die Frage, wie und wodurch diese Metamorphose zu Stande kommen werde, erwiderte er zu nicht geringem Staunen des Berichterstatters: „Durch Eisenbahnen und Deutsche.“ „In einem oder zwei Jahrzehnten — fuhr er fort — wird diese ganze Halbinsel so durch und durch deutsch sein, wie Holstein es schon jetzt ist. Gegen das ausgesprochene Schicksal läßt sich nicht ankämpfen. Jahr um Jahr bringen deutsche Ansiedler weiter nordwärts vor und werden Grundeigentümer. Wie lange sie auch hier leben, wie gut sie unsere Sprache sprechen mögen, sie bleiben Deutsche und sammeln deutsche Colonien um sich. So geht's fort und fort, und jede neue Ansiedlung wird ein vorgeschobener Posten des Deutschthums.“ „Ich bin ein Däne“, fügte er hinzu — „und liebe mein Volk und meine Sprache; aber ich kann mich der Einsicht nicht verschließen, daß diese deutsche Einwanderung Capital, Gewerbfleiß und Unternehmungsgelbst ins Land bringt, alles Dinge, deren Jütland entbehrt.“ „Daß ein Mann von solchen Anschauungen wenig vom Eiderdänen an sich hatte, ist nicht zu verwundern; wie er denn dem Correspondenten gegenüber kein Hehl daraus machte, daß der ganze Krieg ein Mißgriff sei; selbst wenn andere Mächte in der jetzigen Krise für Dänemark eintreten wollten — früher oder später werde Dänemark doch einmal mit Deutschland allein abzurechnen haben. Die einzige Hoffnung, die er für Dänemark sehen könne, sei, die Herzogthümer fahren zu lassen und ein neutraler Staat, wie Belgien oder die Schweiz, zu werden. Auf die Frage, in wiefern seine Ansichten auf allgemeine Geltung Anspruch machen könnten, gab er zur Antwort, daß die Volkstimme in Jütland der Fortsetzung des Krieges unter allen Umständen höchst abhold sei; man sei fest überzeugt von der Hoffnungslosigkeit eines Kampfes gegen Deutschland und wünsche mit aller Welt in Frieden zu leben. Auch der Berichterstatter selbst spricht es als seine Ansicht aus, daß das Verlangen nach Fortführung des Krieges, wenn es existire, auf die dänischen Inseln beschränkt sei; und fügt hinzu: „Ueberdies glaube ich selbst auf die Gefahr hin, mir den Groll meiner dänischen Freunde zuzuziehen — es gesehen zu müssen, daß keine Lösung der dänisch-deutschen Frage dauernde Ruhe sichern kann, wenn sie nicht zugleich vollste Rücksicht auf das Anwachsen des deutschen Elementes in der ganzen Halbinsel nimmt. Es ist zu bedauern, daß die skandinavische Nationalität nicht bis zu den Elbgebirgen hinab ihren festen Boden behaupten kann; aber gegen das Wirken der Naturgesetze giebt es keinen Widerstand. Ja, ständen die Westmächte zusammen und jagten jeden preussischen Soldaten nach Berlin zurück, die schleswig-holsteinische Frage würde eine ungelöste bleiben. Das wahre Problem ist: kann Dänemark seine deutsche Bevölkerung in solcher Weise regieren, daß sie mit der dänischen Herrschaft zufriedener ist? Und dies ist kein Problem, welches sich durch das Schwert lösen ließe.“

Italien.

Turin, d. 25. Mai. Der Ueberblick zufolge, welche der Deputirtenkammer betreffs der Lage des Staatsschatzes am 31. December 1863 mitgeteilt wurde, betrug das Gesamt-Deficit zu Ende des Jahres 730,143,745 £. oder nach Abzug des Ertrages der 700-Millionen £ Anleihe im Betrage von 494,867,986 £. noch 235,275,759 £.

Turin, d. 26. Mai. Trotz der Adresse an die Dänen, welche das Arbeiter-Meeting beraten hat, dem der König incognito beigewohnt haben soll, — eine Adresse, die sich durch ihre prägnante deutschfeindliche Haltung auszeichnet, — hat doch in dem politisch den-

kenden Theile eben so, wie in Frankreich, die Ansicht durchgegriffen, daß es sich bei der Frage der Herzogthümer lediglich um eine Angelegenheit der Nationalität handle, welcher auch der aufgklärte Italiener seine Sympathien schenken müsse. Freilich waren auch hier dänische Einflüsse, wie anderswo, thätig genug, um eine geregelte Agitation zu Gunsten des dänischen Volkes hervorzubringen, „das von den Desterreichern und Deutschen gedrückt und geknechtet“ würde; wie gesagt aber scheiterte die Mehrzahl dieser Versuche an dem gesunden Sinne des Volkes in seiner besseren Mehrheit. Man sieht hier im Uebrigen der Zukunft weniger vertrauenslos entgegen, als dies in den letzten Monaten der Fall gewesen sein mag. Handel und Verkehr im Ganzen theil beleben sich wieder und, seit die römische Frage beim Tode des Papstes eine nationale Lösung in Aussicht stellt, sind alle kriegerischen Befürchtungen vorläufig vergessen.

Donaufürstenthümer.

Schon im Sommer vorigen Jahres hatte Fürst Gusa die Vertreter der Garantie-Mächte in Konstantinopel die Anzeige gemacht, daß er die Säden der Verfassung vom 19. August 1858 auszufüllen, mit der Bodenregulirung vorzugehen und mit den Elementen der Widerständigkeit im Lande kurzen Proceß zu machen, mit anderen Worten einen Staatsstreich zu verüben gedenke. Französischerseits soll ihm darauf, wie das „Memorial Diplomatique“ versichert, zu bedenken gegeben worden sein, daß nicht ihm als Vasallen des Sultans und Schützling der Großmächte, sondern der Gesandten-Conferenz allein das Recht zustehe, die bestehenden Verhältnisse in Rumänien zu ändern. Es scheint aber doch, als seien von Paris auch noch andere Antworten aufzunehmender Art in Bukarest eingegangen, so daß Fürst Gusa sich die delphischen Orakelsprüche seines Ideals an der Seine ganz nach Belieben so oder so auslegen konnte. Wie die Erfahrung zeigt, hat er es wirklich für kein zu großes Risiko gehalten, darauf zu rechnen, daß Frankreich die vollendete Thatsache des Staatsstreichs am Ende doch gutheissen werde. Die lange vorbereitete Gewaltthat ist geschehen, und es fragt sich nun, wie die Garantie-Mächte sich dabei benehmen werden. Seitdem hat nun in den Tagen vom 22. bis 26. Mai die große Komödie der Volksabstimmung stattgefunden. Ein 713,285stimmiges Ja hat dem Fürsten Gusa bekräftigt, daß er im „Recht“ ist. Das „Volk“ hat den Staatsstreich ratificirt und somit das Gewissen des Fürsten salbirt. Ganz wie in der Klosterfrage die Kammer, so hat jetzt in der Wahlgesetz-, Bauerngesetz-, Staatsstreichs- und Verfassungsbruchfrage das ganze Volk die Verantwortlichkeit übernommen. Fürst Gusa wäscht seine Hände in Unschuld, er hat als Erwärmer der Nation gethan, was er nicht lassen konnte. Es war die höchste Zeit, der Bojaren-Partei mannhafte entgegenzutreten; denn — ganz Europa hat es durch Telegramme erfahren — eine furchtbare Verführung war angezettelt, der Fürst sollte gestürzt, die Union aufgelöst und die alten Zustände wieder hergestellt werden. Glücklicher Weise ist das Verbrechen rechtzeitig entdeckt worden und die Rädelsführer liegen nun in Ketten und Banden. Soubo, der zum Hopodar der Moldaen und Balsh, der zum Hopodar der Moldau designirt sein sollte, müssen als Uebelthäter dafür büßen, daß die aufgelöste Kammer keinen Putsch hat veranlassen und keinen Vorwand zu großer militärischer Machtentwicklung hat hergeben wollen. So war Alles nur Komödie nach französischer Schablone.

Rußland und Polen.

St. Petersburg, d. 24. Mai. Bekanntlich sind bereits im Monat März 30,000 Bewohner des westlichen Abhanges des Kaukasus nach der Türkei ausgewandert. Einem Telegramm des „Invaliden“ zufolge hat sich neuerdings der Statthalter am Kaukasus, der Großfürst, Oberbefehlshaber der Truppen, nach dem Schauptas begeben, wo auf der Küstenstraße von Anapa bis Sotchi mehr als 100,000 Kaufleute sich im Laufe des April zum Zwecke der Auswanderung versammelt haben, welche außerordentliche Anstrengungen der kaukasischen Behörden erfordert, um die Schwierigkeiten zu bewältigen, die mit der Massen-Emigration verknüpft sind. Am 20. Mai ist der Großfürst bei den Truppen am Madzinta angekommen, wohin auch der Oberbefehlshaber der Truppen der Kuban-Provinz, General Graf Endokimow, sich begeben hat. „Die Widerspenstigkeit und Feindseligkeit“ — sagt der „Invalide“ — der nach der Türkei übersiedelnden Volksstämme, welche unter russischer Herrschaft nicht verbleiben wollen, überbete zwar Rußland moralisch jeder Sorge für dieselben, allein in Anbetracht ihrer Unfähigkeit, ihre eigenen Interessen zu begreifen, habe der Großfürst alle Maßregeln zur Erleichterung ihres Geschicks ergriffen.“

Türkei.

Trapezunt, 30. April. Die Einwanderung der Ubychen, des zuletzt besiegten tscherkessischen Stammes, nach hier und den benachbarten Küsten hat ihren Anfang genommen. In der vorigen Woche liefen hier 34 Schiffe ein, welche 18,000 Tscherkessen an Bord hatten, um diese hier trotz des Widerstehens der Behörden auszuschießen. Die meisten Fahrzeuge hatten doppelt so viel Passagiere aufgenommen, als es der Raum gestattete, und so kam es, daß 134 Menschen theils ersticht, theils erdrückt sich vorfanden. Weil es den meisten Schiffen am Proviant fehlte, waren durch Elend und Hunger unbeschreibliche Scenen von Verzehmung hervorgerufen. Da außer den angekommenen bereits etwa 20,000 Emigranten sich hier befanden, war es unmöglich, dieses Heer landen zu lassen, wenn nicht eine Hungersnoth in der Stadt ausbrechen sollte. Der Gouverneur Emin Pascha gestattete daher nur die Ausschiffung von 6000 der Unglücklichen, so daß jedes Fahrzeug um den dritten Theil seiner Fracht erleichtert wurde. Nach den heftigsten Scenen und blutigen Austritten und nachdem bei dem Drängen in den Barken noch einige Hundert ums Leben gekommen waren, gelang es der Polizei und dem Militär, die Ordnung so weit

wieder herzustellen, daß die Schiffe zur Fortsetzung der Reise genöthigt werden konnten. Was an Brod und Reis nur übrig aufzutreiben war, wurde unter die auf den Schiffen zurückgebliebene Menge vertheilt. Die im Hafen anwesenden Dampfer schleppten die Auswanderungsschiffe auf das hohe Meer und überließen ihnen den weiteren Lauf. Im Laufe dieser Woche sind sie in Persant, Samsun, Sinope und Neglig eingelaufen. In Samsun allein befinden sich zur Zeit 15,000 Escherkessen. Die Noth unter ihnen ist grenzenlos. Die hiesige Provinzialkassa hat allein 2 1/2 Million Wasser ohne die bedeutenden Zufuhren und Lieferungen von Mehl und Getreide, welche von auswärts requirirt sind, für Transport und Beförderung der Escherkessen auszugeben. Der Effectivbestand des Escherkessen-Lagers bei Aktische-Kale beträgt gegenwärtig 27,000 Mann. Von dort werden täglich Sendungen nach den Provinzen veranstaltet. Auch die bisher unter russischer Oberhoheit gebliebenen Stämme der südlichen Abasen und die Sabarden sind von dem Auswanderungsstriebe ergriffen und wünschen etwa 200,000 Köpfe stark nach der Türkei überzufiedeln.

Bericht

über die 25. General-Versammlung des Naturwissenschaftlichen Vereins für Sachsen und Thüringen in Gera am 17. und 18. Mai.

In dem reich mit Grün und Blumen geschmückten Kutschbäcker Saale versammelten sich mehr denn 200 Mitglieder und Theilnehmer zu den Verhandlungen, denen an beiden Tagen auch Seine Durchlaucht der Erzbischof ungetheilte Aufmerksamkeit schenkte. Hr. Müller als Vorsitzender des Comites eröffnete die Versammlung mit einem Willkommen, schilderte in kurzen Zügen die naturwissenschaftlichen Verhältnisse der Gegend um Gera und wies auf die Leistungen des Naturwissenschaftlichen Vereins für diesen hin. Darauf erlaubte Hr. Giesel den Verwaltungsvorbericht des Jahres 1863. Derselbe erwies eine Einnahme von 488 Thalern und eine Ausgabe von 117 Thalern, gab die Mitgliederzahl auf 250 wirkliche und 32 correspondirende an, berichtete die erfreuliche Vermehrung der Bibliothek und den Stillstand der übrigen Sammlungen und schloß mit einem Hinweis auf die ununterbrochene wissenschaftliche Thätigkeit des Vereins durch Publikationen sowohl wie in den regelmäßigen Zusammenkünften.

Zu den wissenschaftlichen Verhandlungen übergehend legte Hr. Giesel zunächst angelegliche Klagen vor aus dem Bettiner Steinkohlengebiete vor und wies nach, daß dieselben durchaus keine Kufeln, vielmehr die Schalen der noch jetzt lebenden Pöplingerzeugung ähneln, also Crustaceen seien, daß sie naturgemäß als Arten dieser Gattung selbst im Systeme angeführt werden müssen, wogegen die von Jones zu Gera hervernommenen Poissonomen höchst wahrscheinlich als eigenständig von den letzteren Ektieren zu trennen seien. Kinnadien in Spirituspräparaten wurden zur Vergleichung beigelegt. Ferner lenkte derselbe die Aufmerksamkeit auf Niglichs Untersuchungen der an Bügeln schwarzenen Alben, Abbildungen zur Erläuterung ihres Baues vorlegend. Sie beziehen sich in Ansehung an frühere Mittheilungen auf die im Gefieder und in den Nasenhöhlen lebenden Arten, welche Niglichs von Bügeln aller Familien untersuchte und in die Gattung Analages vereinigte, für welche Koch den Namen Dermalephus eingeführt hat. — Hr. Brasch verbreitete sich in einem längeren Vortrage über die Spektalanalyse und die glänzenden Resultate, welche mittelst derselben in den letzten Jahren erzielt worden sind. — Hr. Liebe erpödet Bericht über die von ihm im hohen Auftrage ausgeführten Ausgrabungen des berühmten diluvialen Knochenlagers bei Köstritz, welche es namentlich außer Zweifel gesetzt haben, daß die viel besprochenen fossilen Menschenreste dieser Gegend nicht der Jetztzeit angehören und die mit ihnen vergesellschafteten diluvialen Tierreste auf secundärer Lagerstätte sich befinden. — Endlich verbreitete sich Hr. Taschberg über einige der Landwirtschaft schädliche Insekten, welche besonders in den letzten Jahren in Deutschland vorübersich aufgetreten sind und deren Naturgeschichte zum Theil noch nicht vollständig aufgeklärt werden konnte.

Nach diesen Vorträgen wandten sich die Anwesenden zur Besichtigung der in einem Nebenraume ausgestellten Sammlungen, zu welchen Hr. Wimmer die Schmetterlinge, Hr. Schreiner vorzüglich präparirte Raupen, Hr. Erbe die Käfer von Gera, Hr. Stöckel verschiedene ausgepöhlte Thiere, Hr. Seidel die um Gera vorkommenden Mineralien, Hr. Giesel die geognostischen Suiten, Hr. Müller die Fische und Moore, Hr. Kratzig seltene einheimische Vögel und Säugethiere und Amdere verschiedene Bildwerke geliefert hatten. Im 2 Uhr vereinigte die Anwesenden ein beiteres von ersten und launigen Trinksprüchen reich gewürtes Mahl. Nach demselben wurde ein gemeinschaftlicher Spaziergang durch den fürstlichen Küchengarten

zum Hainberge unternommen, einige Sammlungen im Schlosse besichtigt und dann im Martinsteg unter den Vorträgen der Geraer Liedertafel ein Bekehrung eingenommen. Der Abend rief die Theilnehmer wieder zum frühlichen Besammentsein im Kutschbäcker Local zusammen.

Früh am zweiten Versammlungstage wurde der Kaffee auf dem Bergschloß getrunken und dann die prächtige Mineraliensammlung des Hrn. Ferber besichtigt. Die Sitzung wurde mit dem Bericht über die Prüfung der Kaffeeerzeugung eröffnet und dem Vorstande Decharge ertheilt, dann für die nächstjährige Jahrgangssammlung Goslar und die Herbstversammlung die wissenschaftlichen Vorträge eröffnete Hr. Giesel mit einer Charakteristik der Familie der Keuschtippen zur Erläuterung einer Anzahl noch unbeschriebener Arten, welche nebst bekannten Arten vorgelegt wurden. — Hr. Schüring machte auf Jölnersche optische Linsungen aufmerksam. — Hr. Steinbrunn machte unter Vorgeigung der betreffenden Präparate die Resultate seiner Untersuchungen der aus der Monochlorosulfide entstehenden Dichloroaminidure und anderer Verbindungen mit und berichtete alsdann noch einiges über Verdrängung von Sauerstoff in einer Atmosphäre von Ammoniakgas. — Hr. Brasch erläuterte einen neuen Färbungsapparat.

Während der hierauf anberaumten Pause nahmen wieder die ausgestellten Sammlungen die Aufmerksamkeit in Anspruch und zum 12 Uhr wurde die Schlußsitzung eröffnet. Nachdem Hr. Giesel 14 neu ausgewählte Mitglieder vorgeschlagen hatte, hielt Hr. Schüring einen höchst anziehenden Vortrag über die Mechanik, Physik und Chemie der Sonne, worin er unter Bezugnahme auf aufgelegte Apparate und Zeichnungen und historischer Entwicklung die neuesten überraschenden Forschungen auf diesem Gebiete schilderte.

Nach dem Schluß dieser Verhandlungen durch Hrn. Müller vereinigte sich die Anwesenden zu einem gemeinschaftlichen Mittagessen und besuchten nach demselben verschiedene industrielle Etablissements, wie die Maschinenbauanstalt von Hrn. Jatz, die Wollenspinnerei von Hrn. Remb, die Färberei des Hrn. Girsch und noch die Sammlungen der Hrn. Ferber und Schmidt. Am Abend hielt Hr. Busch noch einen interessanten Vortrag über Galvanofaust in ihrer Anwendung bei Operationen und Hr. Leuner über das Lyon, dem er noch Experimente mit den Geleislerischen Adhärenz anhängte. Die noch am folgenden Tage anwesenden fremden Theilnehmer machten unter Führung des Hrn. Schmidt eine Excursion nach dem Holzberge.

Fremdenliste.

- Angelommene Fremde vom 31. Mai bis 1. Juni.
- Kronprinz.** Hr. Geh. Justizrath Telemann 1. m. Diener, Hr. Insp. Meier u. Hr. Sec. Luch a. Balbed. Hr. Ober-Ger. Anwalt u. Syndicus Dyhoff m. Sohn a. Denabrück. Hr. Buchhrl. Volz a. Berlin. Die Hrn. Kauf. Köpcke a. Ahsfeld, Koch a. Berlin, Albert a. Bremen, Schweizer a. Leipzig, Deriel a. Fürth, Hermann a. Neustadt, Zwirner a. Mainz, Hellfeld a. Berlin, Hr. Artill. Schwärzer m. Frau a. Wien. Hr. Inspector Hiemann a. Frankfurt a. O.
- Stadt Zürich.** Die Hrn. Kauf. Fittichauer a. Berlin, Pezold a. Forzhelm, Schlypshale a. Brandenburg, Ungens a. Südeisen, Zünger a. Gera. Hr. Ingen. Röder a. Fürth. Hr. Offizier Bienenstein a. Hannover. Hr. Rent. Krehling a. Berlin.
- Goldner Berg.** Hr. Ingen. Schröder a. Lübeck. Hr. Outobel, Haberland a. Rumburg. Die Hrn. Kauf. Daube a. Regensburg, Herbst a. Berlin, Schiele a. Magdeburg, Rabe a. Rumburg, Schönigen a. Potsdam, Renke a. Borsdorf, Werner a. Leipzig, Altian a. Kassel, Steyer a. Danzig, Schulte a. Erfurt.
- Goldner Löwe.** Die Hrn. Kauf. Rewald u. Koch a. Berlin, Girsch a. Mainz, Drevenstedt u. Jabel a. Magdeburg, Schlegel a. Erfurt. Hr. Drauzerles bes. Raumann a. Rumburg.
- Stadt Hamburg.** Die Hrn. Rittergutbes. Racowsky a. Steinbach, v. Ealtem a. Girschfeld. Hr. Pastor Schulze a. Wanzleben. Die Hrn. Kauf. Schuch a. Adln, Wagner u. Schmidt a. Leipzig, Brehm a. Magdeburg, Oberhoff a. Honsdorf, Pöggel a. Düren.
- Hôtel zur Eisenbahn.** Hr. Bäckermstr. Bernid m. Frau a. Magdeburg. Die Hrn. Kauf. Gdrbes u. Ehle a. Berlin, Höge a. Stettin, Rosenhals a. Magdeburg. Hr. Delon. Schubert a. Dresden. Hr. Stud. Krentz a. Bonn. Frau Dr. Zuserow a. Coblenz. Frau Rent. Diekmann m. Tochter a. Berlin.

Meteorologische Beobachtungen.

	31. Mai.	Morgens 6 Uhr.	Nachmitt. 2 Uhr.	Abends 10 Uhr.	Lageamittel.
Lufdruck . . .	334,78 Par. L.	333,03 Par. L.	331,46 Par. L.	333,07 Par. L.	
Rel. Feuchtigk. . .	2,79 Par. L.	4,88 Par. L.	4,63 Par. L.	4,10 Par. L.	
Dif. Feuchtigk. . .	79 pEt.	46 pEt.	72 pEt.	66 pEt.	
Lufthöhe . . .	6,4 G. Am.	17,3 G. Am.	13,8 G. Am.	12,5 G. Am.	

Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Im Auftrage der Erben des zu Barnstedt verstorbenen Handelsmanns Carl Scheiding werde ich dessen Nachlass, als:

- A. das zu Barnstedt belegene Wohnhaus, bestehend in einem Verkaufshaus, 1 Stube, Küche, Kammern, Keller, einer neugebauten Scheune, Stallung und dazu gehörigen circa 40—45 □ Ruthen großen Garten,
- B. ein Planstück von 11 Morg. 80 □ Ruthen, No. 255 der Karte, wovon 40 □ Ruthen als Abfindung zum Hause gehören in Barnstedter Flur, im kleinen Felde gelegen,
- C. 1/16 Wiese, ca. 1 Morgen groß, in Carlsdorfer Flur,
- D. verschiedene Material- u. Wolllwaren, als Kaffee, Seife, Cichorien, Wolle, Zwirn u. dgl. m. öffentlich an den Bestbietenden verkaufen.

Ich habe hierzu Termin auf den 27. Juni d. J. Vormittags 9 Uhr im Scheiding'schen Hause anberaumt. Die Verkaufsbedingungen werden im Termin bekannt gemacht werden.

Querfurt, den 31. Mai 1864.

Der Reichs-Anwalt
Hendrich.

Kaufgesuch.

Ein Gut im Werthe von 50—60,000 \mathcal{M} wird zu kaufen gesucht. Offerten unter E. J. Nr. 100. nimmt **Ed. Stückrath** in der Exp. d. Btg. entgegen. Unterhändler werden verboten.

Verkaufs-Anzeige.

Ein fottes Materialgeschäft ist zu verkaufen oder vortheilhaft zu verpachten. Näheres zu erfragen bei **Ed. Stückrath** in der Exped. dieser Zeitung.

Ein Materialgeschäft mit Inventar, in der Nähe von Eisleben, steht sogleich zu verpachten. Nachliebhaber wollen sich melden unter Chiffre E. St. poste rest. Eisleben.

Ein in unmittelbarer Nähe einer Thüringer Residenz und besser Lage gelegenes Gut von 35 Acker incl. Wiesen, ist mit vollständigem lebenden und todtm Inventar unter günstigen Zahlungsbedingungen sofort zu verkaufen. Näheres erfahren Selbstkäufer bei **Ed. Stückrath** in der Expedition d. Btg.

Ein Haus, in welchem seit Jahren ein lebhaftes Materialgeschäft betrieben wird, sich in bestem baulichen Zustande befindet und in einem großen Dorfe des Mansfelder Kreises belegen ist, steht sofort billig zu verkaufen. Näheres sagt Halle a/S. **Wilhelm Haffe**, Alter Markt.

Ein junger Mensch von außerhalb, gelernter Kaufmann, welcher eine geläufige Hand schreibt, sucht eine Stelle als Schreiber in einem kaufmännischen oder sonstigen Geschäft. Christliche Offerten unter # O. B. 10. befördert **Ed. Stückrath** in der Expedition d. Btg.

Zwei Söhne achtbarer Eltern finden in Schnitz- und Modewaaren-Geschäft sogleich oder 1. Juli Stelle als Lehrlinge. Näheres bei **Ed. Stückrath** in der Exped. d. Btg.

Ein Oeconomie-Verwalter, 36 Jahr alt, sucht sofort oder zum 1. October als Oeconomieverwalter, oder auch eine Wirthschaft selbstständig zu führen, Stellung. Die Adresse ertheilt **Ed. Stückrath** in der Exped. d. Btg.

Ein Oeconomie-Lehrling

findet auf dem Siemens'schen Gute in Langenreichenbach, zwischen Burgen, Eilenburg und Torgau belegen, unter spezieller Leitung des Prinzipals, bei geringem Honorar eine freundliche Aufnahme. Persönliche Vorstellung wird gewünscht. **Mehrbardt**, Pächter.

Ein thätiger junger Landwirth findet auf einem Rittergute Stellung als Verwalter. Ebenso wird dafelbst ein junges Mädchen zur Unterstützung der Hausfrau gesucht. Nähere Auskunft wird Herr **C. Kunig** im „Stern“ zu Querfurt die Güte haben zu ertheilen.

Hallische Zeitung

im G. Schwetschke'schen Verlage.

(Hallischer Courier.)



Politisches und
für Stadt

literarisches Blatt
und Land.

In der Expedition der Hallischen Zeitung: G. Schwetschke'scher Verlag. — Redacteur Dr. Schadeberg.

Vierteljährlicher Abonnementspreis bei unmittelbarer Abnahme 1 Thlr. 6 Sgr., bei Bezug durch die Post 1 Thlr. 12 $\frac{1}{2}$ Sgr.
Insertionsgebühren 1 Sgr. 4 Pf. für die dreispaltige Zeile gewöhnlicher Zeitungsschrift oder deren Raum.

N^o 126.

Halle, Donnerstag den 2. Juni
Hierzu zwei Beilagen.

1864.

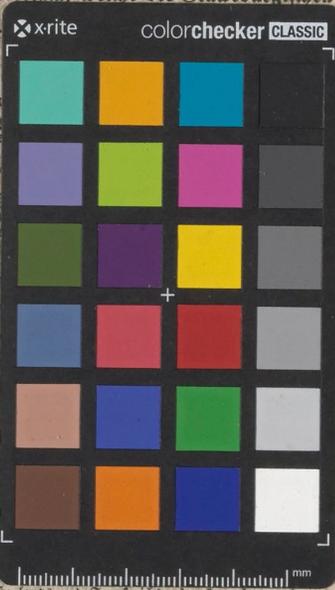
Schleswig-Holsteinische Angelegenheiten.

Frankfurt a. M., d. 31. Mai. (Tel.) Das Abendblatt der „Frankfurter Postzeitung“ bringt ein Telegramm aus Wien, welches die bisherigen Angaben über die letzte Conferenzsitzung dahin berichtigt, daß die dänischen Bevollmächtigten die von den Vertretern der deutschen Großmächte gemachten Vorschläge abgelehnt, und von den Vorschlägen der Westmächte nur den britischen, nicht aber den französischen ad referendum genommen haben.

Hamburg, d. 31. Mai, Nachmittags. (Tel.) Nach einem Telegramm der „Hamburger Börsenhalle“ aus Kiel ist der Herzog Friedrich heute Nachmittag nach Berlin und Dolzig abgereist.

Paris, d. 31. Mai. (Tel.) Der „Abend-Moniteur“ erwähnt eines in Kiel verbreiteten Gerüchts, daß der Feldmarschall-Lieutenant Freiherr v. Gablenz Befehl erhalten habe, Vorbereitungen zum Rückmarsch zu treffen. — Der „Moniteur“ macht ferner auf eine angeblich in Leipzig erschienene Broschüre aufmerksam, welche der Glückburgischen Linie des Großherzogs von Oldenburg das Recht des Erbfolgers zusp...

Die telegraphisch bereits
schen Post“ über den Verla
welche dieselbe als „zuverlässi
Belm Beginn der Conferenz be
ten, welche Antwort sie auf den in
sonalium, oder, wie der eigentlich
des dänisches“ zu erfüllen hätten.
Gr. v. Duarade antwortete, daß
neste Grundfrage zur Wiederherstellung
Frage Lord John Russell's, welche
erweiterte Gr. v. Duarade ganz lafo
Hierauf ergriff Graf Weyden
welche die verbundenen deutschen Mä
sei dies die vollständige Trennung d
teilung als selbständiger deutscher
ognatischen Erfolge theilweise zu
wobei die Prüfung der verschiedenes
Deutschen Bundes vorbehalten würd
ten diese Propositionen in weiter
Der französische Bevollmächtig
Bermittlungsvorschlag vor, welche
einem Theile Schleswigs zusammen
andere Theil von Schleswig in Dä
Lord Clarendon schloß sich Nam
allein während der französische Bev
Prinzip sprach, ging der Vertreter
indem er der Grenzlinie erwähnte u
und die Schley bezeichnete. Die
gegen das Prinzip der Theilung u
Schleya speziell den englischen Vorsch
Nach längerer Discussion wur
Bevollmächtigten, daß sie sämmtliche
daß sie den Vermittlungsvorschlag Englands und Frankreichs ad referendum nehmen
geschloffen.
Die Waffenstillstandsfrage kam gar nicht zur Verhandlung und soll dieselbe den
Gegenstand der nächsten Sitzung, die auf Donnerstag anberaumt ist, bilden. Ueber
die Faltung Russlands schweigen leider unsere Quellen.
Unberühmte Mittheilungen weichen nur insofern von vorstehendem
Bericht ab, als nach ihnen der Vermittlungsvorschlag von England
eingebracht und von Frankreich unterstützt worden sei (nicht umgekehrt),
und daß Dänemark nur diesen Vorschlag ad referendum genommen,
dagegen die Anträge der deutschen Mächte pure abgelehnt habe. — Ein
Londoner Telegramm der „Hamb. Nachr.“ lautet: „In der Conferenz-
sitzung proponirten die deutschen Bevollmächtigten die gänzliche Tren-



nung der Herzogthümer von Dänemark und ihre selbstständige Consti-
tuirung in erster Reihe unter der Herrschaft des Hauses Augustenburg
unter Vorbehalt der Prüfung der Erbrechtsfrage. Hr. v. Brunnow
mahnte die Rechte des Hauses Oldenburg. England und die Neutralen
proponirten die Trennung Lauenburgs, Holsteins und Schleswigs bis
zur Schleilinie unter mehreren Bedingungen, namentlich, daß auf dem
abgetretenen Gebiete kein Kriegshafen und keine Festung angelegt wür-
den. Die deutschen Bevollmächtigten wiesen die Erörterung innerer
deutscher Verhältnisse ab, konstatirten aber das Vorhandensein von Ele-
menten zu einer Transaction im Vorschlage der Neutralen. Dänemark
verweigerte vorläufig jede Aeußerung. Die Neutralen hatten von der
Annahme ihrer Bedingungen das Fallenlassen des Londoner Vertrages
abhängig gemacht. Die Erledigung des Antrages der Neutralen und
die Waffenstillstandsfrage wurden auf Donnerstag vertagt.

Die „Wiener Abendpost“ schreibt: „Daß die Politik Oesterreichs
und Preußens eine principielle Wendung nicht erfahren hat, bedarf
kaum einer näheren Ausführung. Seit der deutsch-dänische Streit aufs
Neue entbrannt ist, haben sie es als ihre Aufgabe erkannt, das Recht
Deutschlands, das Recht der Herzogthümer, so weit es nur immer mit
der Erhaltung des europäischen Friedens vereinbar war, zur Geltung
zu bringen. Daß, ohne den europäischen Frieden gefährdet, ohne die
Ansprüche Deutschlands den Wechselällen eines in seinen Ergebnissen
nicht zweifellosen und jedenfalls alle Verhältnisse tief erschütternden
Krieges preisgegeben zu haben, nun wahrscheinlich ein Maß des Erreich-
baren gewonnen worden ist, welches die Wünsche und Hoffnungen der
ganzen deutschen Nation wie der Bevölkerung der Herzogthümer in
gleicher Weise befriedigen muß, ist das glückliche Resultat der politischen
Action der beiden Großmächte. Das Prinzip der Integrität der dä-
nischen Gesamtmonarchie hatte schon der Vorbehalt rücksichtlich der
Successionsfrage durchbrochen; die Sachlage, welche durch die voraus-
sichtlich neueste Haltung Dänemarks geschaffen werden wird, ist in
der That nur die Krönung der österreichisch-preussischen Politik. Ohne
Zweifel wird über die Modalitäten der Endentscheidung noch manche
Sitzung der Londoner Conferenz hingehen, namentlich die Feststellung
der Grenze Dänemarks gegen Deutschland Schwierigkeiten unterworfen
sein. Angesichts der erzielten Erfolge ist aber die Versicherung fast
überflüssig, daß auch hierbei das feste und ausdauernde Bestreben
Oesterreichs darauf gerichtet sein wird, die weitgehendsten Resultate für
Deutschland durchzusetzen und die Rechtsansprüche der Herzogthümer
in ihrem vollsten Umfange zu verwirklichen. Wir haben die volle Zu-
versicht, daß diesem Bestreben der Erfolg nicht ausbleiben, Deutschland
mit Ehren, gestärkt und gekräftigt aus dem Streite hervorgehen wird.
Deutschland darf sich dann mit Eifer und Entschlossenheit der staatlichen
Arbeit hingeben, die seiner in den inneren Fragen, auf dem Gebiete der
Bundesreform harren. Oesterreich, dessen Monarch seinen Willen, an
der Lösung der dem deutschen Volke auf diesem Gebiete zugewiesenen
Aufgaben mitzuwirken, schon ein Mal durch die That bezeugt hat,
wird auf den Bahnen nicht zurückbleiben, auf die das nationale Ge-
samtleben Deutschlands geleitet werden soll. Die Entwicklung der
schleswig-holsteinischen Frage hat die politische Macht dargegeben, die ein-
er Einigung der deutschen Volkskraft innewohnt. Weder die deut-
schen Regierungen, noch die deutsche Nation werden hoffentlich diese
Erfahrung ungenützt beiseite schieben.“

Der „Pariser Constitutionnel“ vom 28. Mai enthält abermals
einen inspirirten Artikel, dessen Zweck offenbar ist, am Tage der Wie-
deraufnahme der Conferenzarbeiten nochmals festzustellen, daß es für
die dänische Verwicklung keine andere Lösung gebe, als die Ver-
einigung des südlichen Schleswigs mit Holstein zu einem unabhängigen
Staate. Sache der Bevölkerung sei es, den Souverän zu erwählen.
„Die Principien Frankreichs — sagt das Blatt — sind bekannt. Das
kaiserliche Frankreich hält nicht für zulässig, daß man außerhalb des